

Gleiche Chancen statt Leitkultur

Von Sevim Dagdelen (MdB)

Wenn der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky (SPD) im Rathaus Neukölln Kopftuch tragende Praktikantinnen verbietet, dann widerspricht das zwar den Urteilen des Bundesarbeitsgerichtes, aber es entspricht voll und ganz der Forderung nach »Integration« von Ausländern am Maßstab einer deutschen »Leitkultur«. Und es ist kein Einzelfall. Eine Mitarbeiterin des Türkisch-Deutschen Zentrums in Neukölln berichtet: Frauen, die das Kopftuch – ob aus Modegründen oder als Symbol ihres Glaubens – tragen, wird schon im Arbeitsamt geraten, darauf zu verzichten. So werden Vorurteile stillschweigend akzeptiert, denn Unternehmen befürchten religiöse Propaganda am Arbeitsplatz oder das Ausbleiben von Kundschaft.

Mehr noch als antimuslimische Vorurteile erschweren das dreigliedrige Schulsystem und der Ausbildungsplatzmangel den Berufseinstieg. Laut dem Bildungsbericht 2006 haben ein Viertel aller unter 25jährigen Jugendlichen in der BRD einen Migrationshintergrund – fast 20 Prozent davon verlassen die Schule ohne Abschluss, im Vergleich zu 8 Prozent der SchülerInnen mit deutschem Pass. Migrantische Jugendliche beenden die Schule öfter mit Haupt- als mit Realschulabschluss und nur jede/r Zehnte erlangt die Hoch- bzw. Fachhochschulreife – gegenüber einem Viertel bei deutschen SchülerInnen. Geringere Bildungschancen und Ausbildungsbeteiligung erhöhen unter MigrantInnen die Erwerbslosigkeit und das Armutsrisiko. Zugleich sei gegen die »Sozialschmarotzer«-These klar gesagt: der bundesdeutsche Staatshaushalt verdiente laut einer Studie des Instituts »Zukunft der Arbeit« im Jahr 2004 rund 2000 Euro an jedem in der BRD lebenden Zuwanderer. Ihre Sozialleistungen liegen insgesamt deutlich unter ihren Steuerabgaben und Sozialbeiträgen.

Wo die Herkunft über die Bildungs- und Berufschancen entscheidet, sind wir von wirklicher Gleichstellung weit entfernt. Dafür braucht es keine »Leitkultur«, sondern eine Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die Benachteiligungen migrantisch geprägter Jugendlicher aktiv entgegenwirkt: Sprachliche Defizite sollten kein Ausschlussgrund sein, sondern Anlass besserer individueller Förderung. Damit Sprachförderung schon frühzeitig beginnen kann, ist eine bessere personelle und sachliche Ausstattung von Kitas und Schulen nötig. Ausländische Bildungsabschlüsse müssen bei uns anerkannt werden. Und nicht zuletzt: Geschlecht, Herkunft oder Religion dürfen keine Kriterien bei der Ausbildungsplatzvergabe sein – so besagt es übrigens schon das Grundgesetz.

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

Auf einmal ist Geld da: Wachleute vor Schulen



Foto: Archiv

Musik hören in der Thomas-Morus-Hauptschule: Sinfonie-Orchester Tunika zu Gast

Für eine Million Euro pro Jahr stellt Neukölln ab 22. Oktober Wachleute vor Schulen. Den Schülern nützt das wenig.

Neukölln ist arm und wird noch ärmer. 8,4 Millionen muss der Bezirk nach Vorgabe des Abgeordnetenhauses allein dieses Jahr kürzen, davon 4,3 Millionen im Bildungsetat.

Politiker und Wissenschaftler sind sich einig, dass gerade Neukölln mit besonders viel armen und ausländischen Kindern mehr Lehrer, Sozialarbeiter oder Psychologen an Schulen bräuchte. Doch dafür ist angeblich kein Geld da.

Eine Menge Kosten lassen sich SPD-Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky und sein Parteifreund, Bildungsstadtrat Wolfgang Schimmang, hingegen die Wachleute von privaten Unternehmen, die ab Mitte Oktober vor 13 Neuköllner Schulen stehen werden. Der Bezirk rechnet mit Ausgaben von einer Million Euro.

Das »Sicherheitspersonal« soll dort Schülerausweise kontrollieren und schulfremde Jugendliche von den Schulhöfen fernhalten. Doch Gewalt, die von außen in die Schulen getragen wird, ist nicht das größte Problem Neuköllner Schüler.

In der aktuellen Kriminalstatistik der Ber-

liner Polizei steht: »Die Schule ist weiterhin kein Brennpunkt der Jugendgruppengewalt.« Nur 5 Prozent dieser Fälle ereignen sich in Schulen.

Laut Buschkowsky gab es im vergangenen Schuljahr in Neukölln 27 Fälle, bei denen Gewalt von Schulfremden in die Schulen hineingetragen wurde. Das sind an allen 68 Schulen durchschnittlich zwei Fälle pro Monat, die von Wachleuten vielleicht hätten verhindert werden können, wahrscheinlich aber nicht. Denn Angestellte von Wachdiensten, die sich jeden Tag am Schultor die Beine in den Bauch stehen, werden von aufgebrachten Schülern im Ernstfall kaum respektiert werden.

Notwendig wären stattdessen mehr Lehrer und Schulpsychologen, die sich das Vertrauen der Schüler erarbeiten können und deren sozialen und familiären Hintergrund kennen. Klaus Hartung, Leiter der Karl-Weise-Grundschule in der Weisestraße, zeigt, dass an den Neuköllner Schulen nicht »Sicherheitsdienste«, sondern Menschen fehlen, die sich mit den Kindern beschäftigen. Er hat Wachleute beim Bezirk beantragt, hofft aber: »Sie könnten Tischtennis mit den Kindern spielen oder Arbeitsgemeinschaften anbieten.«

Hans Krause

Mehr zum Haushalt des Bezirks Neukölln auf Seite 2.

Bei der Beratung des Bezirkshaushalts zeigte sich die Opposition lust- und ratlos.

Der CDU fiel zu dem X Seiten starken Zahlenwerk offenbar nicht viel ein. Schon in den Ausschussberatungen hatten sich die Christdemokraten auffallend zurückgehalten. Jetzt versuchten sie es mit Altbekanntem. Der rote Senat spare die Bezirke kaputt, sagte CDU-Fraktionschef Falko Liecke. Die Neuköllner SPD und die »Ich-AG Buschkowsky« hätten ihren Einfluss auf die Landespartei offenbar verloren. Bis auf den Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung kamen von Liecke allerdings keine konkreten Verbesserungsvorschläge.

Den Vogel schoss FDP-Fraktionschef Andreas Lück ab. Er nahm die Aufforderung Brechts, die Regierung möge sich doch ein anderes Volk wählen, wenn ihr das alte nicht mehr passe, wörtlich. Seine Schlussfolgerung: Statt immer wieder auf die »staatliche Sozialindustrie« zu setzen, solle man lieber versuchen, bürgerliche Schichten anzulocken. Was er mit den jetzigen Bewohnern Neuköllns vorhat, erklärte er nicht. Für seine Beschreibung der »katastrophalen Lage« im Norden Neuköllns und seine Kritik an der »verfehlten Integrationspolitik« bekam er Applaus von seiner Fraktion – und den beiden NPD-Verordneten. Bei den anderen Fraktionen empfand



Bericht aus der BVV

vom 19. September

Ideenlose CDU, außerirdische FDP

man seine Rede als »unterirdisch«.

Dirk Schumacher, Fraktionsvorsitzender der Grauen, warnte davor, die zunehmende soziale Schieflage in Neukölln sei ein »Nährboden der Radikalisierung«. Überraschend kündigte er dann jedoch die Zustimmung seiner Fraktion zum Haushalt an. Deutliche Worte fand zum Ende der Debatte Sylvia Stelz, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Stelz beklagte vor allem den erneuten Personalabbau. Es sei richtig, erstmals einen nicht gedeckten Haushalt vorzulegen. Das sei ein deutliches Signal an den Senat, der nun in der Pflicht sei, den Bezirk nicht verelenden zu lassen.

Christian Posselt

Hilferuf aus Neukölln

Zustimmung oder Zwangsverwaltung

Ja, ich habe diesem nicht auskömmlichen Haushalt zugestimmt!

Wir haben nach Bekanntgabe der Eckzahlen des Haushaltes im Frühjahr, im Rahmen der Zählgemeinschaft zusammengesessen, um zu beraten, wie bekommen wir die Haushaltsplanung in den Griff. Spielraum war kaum vorhanden. Wir haben lange diskutiert, denn wir wollten unsere begonnenen Projekte fortführen und unsere Pläne, die Aufwertung Nord-Neuköllns, endlich beginnen.

Natürlich ist das ohne Einschnitte nicht machbar. So beschlossen wir uns schweren Herzens vom Schullandheim, das von den Neuköllner Kinder kaum genutzt wird, zu trennen. Die Verwaltung soll konzentriert und Verwaltungsgebäude, die nicht mehr zeitgemäß sind, da nicht verkabelt und mehr als Wohnhaus gebaut, abgestoßen werden.

Wir haben geschoben und gerechnet, aber es ist uns nicht gelungen einen ausgeglichenen Haushalt zu erarbeiten, ohne dass für uns wichtige und auch gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben weggefallen wären.

Wir einigten uns, erstmals in der Geschichte Neuköllns, einen nicht ausgeglichenen Haushalt einzureichen. Es wurden ca. 5 Millionen Euro pauschale Minderausgaben eingestellt, auch als Signal an den Berliner Haushaltsgesetzgeber. Es ist dringend erforderlich in den Beratungen

zu den Bezirkshaushalten im Abgeordnetenhaus eine nachträgliche Erhöhung der Zuweisungssummen für die Bezirke zu beschließen. Den Berliner Bezirken fehlen insgesamt etwa 100 Mio. Euro. Auch muss der vom Senat geforderte Stellenabbau in den Bezirken überprüft werden. Letztendlich fehlen die Beschäftigten in den Bezirken. Um nicht an den bürgernahen Dienstleistungen zu streichen, beschloss Neukölln das Grünflächenamt zu minimieren. Berausend ist das nicht, aber wir sahen keine andere Lösung.

In der letzten BVV wurde zum Beispiel ein Antrag beraten und beschlossen, der die Erhöhung der Zuweisung für die »Hilfen zur Erziehung« einfordert. Wir werden alles unternehmen, um unsere Situation zu verdeutlichen. Letztendlich entscheidet das Abgeordnetenhaus von Berlin über die Haushalte der Berliner Bezirke, also auch unsere eigenen Genossen! Mit ihnen müssen wir das Gespräch suchen und nicht nachgeben. Wir sind unserer Verpflichtung nachgekommen, auch um eine vorläufige Haushaltsführung* abzuwenden. Nun sind sie in der Pflicht!

Sylvia Stelz

Fraktionsvorsitzende

* Vorläufige Haushaltsführung: Es dürfen nur gesetzlich vorgeschriebene Ausgaben getätigt werden. Alle anderen Ausgaben, wie Förderung Freier Träger der Wohlfahrt, soziale Projekte oä. sind nicht gestattet. Über den Haushalt wacht die Senatsverwaltung für Finanzen.

Dokumentiert

Presseerklärung der Zählgemeinschaft

Trotz Finanzmisere Schwerpunkte für Neuköllner Bürger

Die Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln hat auf ihrer Sitzung am 19. September 2007 den Doppelhaushalt für die kommenden beiden Jahre verabschiedet. »Ohne Nachbesserungen sind wir am Ende unserer Möglichkeiten! Die Bezirksverordnetenversammlung bittet den Berliner Haushaltsgesetzgeber inständig, angesichts der Explosivität der Situation die Finanzausstattung Neuköllns über die Senatsvorgabe hinaus aufzustocken«, unterstrichen die Fraktionsvorsitzenden Sylvia Stelz (Linke), Jürgen Koglin (SPD) und Heinz Wagner (Grüne) im Namen der Zählgemeinschaft die Beschlussfassung der BVV.

Mit der Verabschiedung des Haushalts wollen wir gemeinsam unserer verfassungsmäßigen Verpflichtung nachkommen und Schaden in Form der vorläufigen Haushaltswirtschaft durch ein Finanzkommissariat vom Bezirk abwenden. Die bisherigen Finanzzuweisungen werden den gravierenden sozialen Verwerfungen und den objektiv feststehenden Notwendigkeiten nicht auch nur annähernd gerecht.

Trotzdem soll mit besonderen Maßnahmen

- das Angebot an Sprachkursen aufrecht erhalten bleiben
- die Entwicklung des Projektes Stadtteilmütter voran getrieben werden
- neue Schulräume geschaffen werden
- die Musikschule weiter unterstützt werden.

Einen zusätzlichen Finanzbedarf sieht die Bezirksverordnetenversammlung insbesondere bei Aufwendungen für die sogenannte »Hilfe zur Erziehung (HzE)«, da hier neben den erhöhten Fallzahlen zusätzlich bisher eine Kürzung zu erwarten ist. Darüber hinaus hat Neukölln mit weitem Abstand zu anderen Bezirken die geringste Personalsumme zur Verfügung. In einem Bericht an die BVV möchte bis zum 30.11.2007 dargelegt werden, welche Sanierungsziele aus der Sicht des Bezirksamtes für eine langfristige stabile Entwicklung der Gebiete auch nach Aufhebung der Sanierungssatzung dringend weiterverfolgt werden sollen und wie diese Ziele umgesetzt werden können...

Bei der Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für den August-Bebel-Platz sollen ausschließlich Veranstaltungen mit besonderer politischer oder kultureller Bedeutung genehmigt werden. Eine Sondernutzung ist nur aus stadtpolitisch bedeutsamen Anlässen bei Wahrung des Gedenkens, im Einklang mit der Würde des Ortes zulässig. Rummelplätze und ähnliche Vergnügungen verletzen die Würde dieses Ortes und schließen sich dadurch aus.

Junge Linke gegen Körting

Unterzeile dirchten



Foto: Archiv

Videoüberwachung hilft in der Realität wenig

Videoüberwachung und Handyortung. Damit will Innensenator Körting das Berliner Polizeigesetz verschärfen. DIE LINKE darf dem nicht zustimmen, fordern junge Parteimitglieder auch aus Neukölln.

Eine Frau flüchtet vor ihrem prügelnden Ehemann in ein Frauenhaus und bricht den Kontakt zu ihm ab. Der Ehemann meldet seine Frau als vermisst, und die Polizei ordnet eine Ortung des Handys an. Der Ehemann

flächendeckend zulassen und die Aufnahmen speichern, außerdem Handyortung ermöglichen. Angeblich soll diese dazu dienen, Hilflöse und Vermisste zu finden. Die Autoren des offenen Briefes dagegen meinen, dass alle ein Recht darauf haben, sich ohne Überwachung zu bewegen.

Die Unterzeichner, zu denen auch der aus unserem Bezirk stammende Bundessprecher der Linksjugend [solid] Benjamin Krüger und ihr Neuköllner Sprecher Matthias Seredzun

liche Perspektiven jenseits kapitalistischer Verwertungslogik streiten, um dem massiven Abbau von Grund- und Freiheitsrechten und zunehmender sozialer Ausgrenzung etwas entgegenzusetzen.

Wir verstehen uns innerhalb der Linken als eine Plattform für kritische und solidarische Zusammenarbeit mit Menschen in und außerhalb der Partei DIE LINKE. Wir sind der Überzeugung, dass die Übernahme von Verantwortung auf den unterschiedlichsten Ebenen an eindeutige politische Kriterien geknüpft werden muss.

Wer Lust hat sich und seine Ideen einzubringen, ist herzlich eingeladen.

Wir treffen uns jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Geschäftsstelle

Kontakt: bonn@yahoo.com

Nächste Veranstaltung:

9. Oktober, um 19 Uhr

§ 129: Wissenschaft, Repression, Terrorismus? mit Peer Stolle, wissenschaftlicher Mitarbeiter der RA Christina Clemm die den Soziologen Andrej H. verteidigt

erfährt so den Standort des Aufenthaltes

So könnte es geschehen, wenn Innensenator Körting (SPD) das Berliner Polizeigesetz nach seinen Vorstellungen ändern ließe. Davor warnen junge Mitglieder der LINKEN in einem offenen Brief an den Landesverband und die Abgeordnetenhausfraktion. Sie fordern daher, Körtings Pläne abzulehnen.

Der Senat will mit dem überarbeiteten Gesetz Videoüberwachung in der BVG

gehören, warnen vor einem schrittweisen Aufbau eines Überwachungsstaates. Als Beispiel nennen sie die Kontoauskunft, mit der ursprünglich Mafiosi gejagt werden sollten. »Heute kommt sie zur Anwendung, um Studenten zu verfolgen, die 20 Euro zu viel BA-FÖG kassieren. Oder die Vorratsdatenspeicherung – damit sollen Terroristen dingfest gemacht werden. Doch schon vor der Einführung wird gefordert, Teenager damit zu jagen, die Musik illegal downloaden.«

Die Abgeordnetenhausfraktion der LINKEN meint, dass durch die Veränderung gängige Praxis Recht würde. Das lassen die Gegner der Verschärfung nicht gelten: »Das bedeutet lediglich, dass bislang Handyortungen, Speicherung von Videodaten und deren Auswertung durch die Polizei an der Tagesordnung waren, ohne dass eine Rechtsgrundlage gegeben war.«

Auch das Argument, dass andere Bundesländer schärfere Polizeigesetze hätten, überzeugt nicht. Angesichts der aktuellen Vorstöße von Innenminister Schäuble beispielsweise zur Online-Durchsuchung meinen die Unterzeichner des offenen Briefes, dass der geplanten Änderung in Berlin bald weitere Verschärfungen folgen würden. Daher dürfe DIE LINKE nicht zustimmen. »Wir werden da noch harte Debatten in der eigenen Partei führen«, kündigt Mark Seibert an, Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg.

Jan Maas

Den offenen Brief und mehr Infos dazu gibt es bei mark.seibert@dielinke-fk.de

bo.nn

LINKE im Norden Neuköllns

Die Basisorganisation Neuköllner Norden (bo.nn) ist ein Zusammenschluss interessierter Parteimitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE.Neukölln.

Durch unsere Arbeit wollen wir einen transparenten und demokratischen Meinungsbildungsprozess in der LINKEN unterstützen. Um DIE LINKE attraktiv und ideenreich zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, dass der Einzelne möglichst lange direkten Einfluss auf Entscheidungen in der Partei nehmen kann.

Dieses Angebot zum aktiven Mitmachen an jeden soll auch die Arbeit in unserer eigenen BO einlösen. In diesem Sinne arbeiten wir auf der Bezirksebene zu unterschiedlichen Themen, die regional, landesweit oder bundesweit von Interesse sind. Unsere Schwerpunkte haben wir dabei auf die Bereiche Bildung, Stadtentwicklung, Antifaschismus und Antirassismus gelegt.

Soweit die bezirkliche Ebene dafür Möglichkeiten bietet, wollen wir hier für Transparenz, Demokratie, Partizipation und gesellschaft-

DIE LINKE Berlin Neukölln

Geringe Resonanz

Das Interesse der Neuköllner Bürger am Bezirkshaushalt hielt sich auch in diesem Jahr in Grenzen. Gerade einmal sechs schriftliche Anregungen gingen beim Bezirksamt ein, zwei Bürger trugen ihre Anliegen direkt in den Fachausschüssen vor. Nur 24 Bürger nutzten die Gelegenheit, an den öffentlichen Ausschussberatungen zum Haushalt teilzunehmen. Ob der geringen Resonanz gelangte Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) zu dem Schluss, eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung sei »nicht Ziel führend«. Ich widersprach ihm. Die Erfahrungen in Lichtenberg zeigten, dass die Bürger sich beteiligten, wenn das Angebot stimme. Im Rahmen der Haushaltsberatungen warb er deshalb für deutlich mehr Transparenz: »Sonst können wir da niemandem mehr vermitteln.« Anzustreben wäre ein Erfahrungsaustausch des Hauptausschusses der Neukölln BVV mit den Verordneten aus Lichtenberg. Ziel ist es, zur nächsten Haushaltsberatung eine wirkliche Bürgerbeteiligung zu initiieren.

Christian Posselt

Näheres unter: www.buergerhaushalt-lichtenberg.de

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

19. Oktober, 19 Uhr
Richardplatz 16

Mitgliedertreffen

10. Oktober, 19 Uhr
Richardplatz 16

Mitgliedervollversammlung
Wahl des Bezirksvorstandes

27. Oktober, 14 Uhr
Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf,
Kirchgasse 62, 12043 Berlin

bo.nn

9. Oktober, 19 Uhr
Richardplatz 16

Linksjugend [solid]

10. und 24. Oktober, 18 Uhr
Richardplatz 16

AK ErwiN

17. Oktober, 11-14 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
10. und 24. Oktober, 17 Uhr
Arbeitstreffen
Richardplatz 16

Vorankündigung

Mitgliedervollversammlung

Die nächste Mitgliedervollversammlung
findet am

Di 14. November 2007, 19 Uhr

im Musikraum der
Fritz-Karsen-Schule,
Onkel-Bräsig-Straße 76,
12359 Berlin, statt.

Impressum

»Neu-köllnisch« erscheint 10x im Jahr.

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Geschäftsstelle Neukölln, Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19

Gestaltung: Udo Tremmel, Christoph Nitz;
Vignette Rathaus: Franz Zauleck;

© 2007 Pressebüro Nitz

Redaktionsschluss: 1. Oktober

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen
nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Keine Ehrung für den Bankrott -Bürgermeister

Eberhard Diepgen war als Berliner Bürgermeister schuld am Bankenskandal. Am 1. Oktober erhielt er den Berliner Verdienstorden

Auf Vorschlag seiner Partei CDU soll Diepgen für seine »Verdienste um Berlin« geehrt werden. Die SPD unterstützt den Vorschlag. Die LINKE Neukölln lehnt die Verleihung an Diepgen ab und begrüßt den Widerstand der LINKE-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Diepgen verlor 2005 in Neukölln die Wahl um das Direktmandat für den Bundestag. Wir stan-



Foto: Archiv

Diepgen mit Orden

den als Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer für die LINKE einige Male auf der Karl-Marx-Straße unmittelbar neben den Ständen der CDU. Sobald Diepgen mit Bürgern sprechen wollte, bekam er überwiegend Unverständnis der Bevölkerung über seine »Lebensleistung« zu spüren.

Während der großen Koalition unter Diepgen von 1991 bis 2001 stieg die Verschuldung der Stadt von umgerechnet 10 auf 42 Milliarden Euro. In diesen Jahren wurden außerdem BEWAG und GASAG privatisiert sowie die Berliner Wasserbetriebe zum Nachteil Berlins teilprivatisiert.

Die wirtschaftliche Substanz der städtischen Wohnungsbaugenossenschaften wurde ernsthaft gefährdet, die Situation im Berliner öffentlichen Gesundheitswesen verschlechtert und mit der Krise der Berliner Bankgesellschaft nur ein weiterer Baustein dieser »Lebensleistung« Diepgens aufgehäuft.

Die Verlierer dieser Politik waren Lohnabhängige, Erwerbslose und sozial Schwache, zumal die Politik keinen Widerstand gegen die Abwicklung der Berliner Industriebetriebe entwickelte. Berlin hat unter Diepgen Steuergeschenke an private Eigentümer von Unternehmen verteilt, ohne auf die Sicherung von Arbeitsplätzen zu bestehen. In jüngster Zeit sind zum Beispiel Samsung und Bosch als Nutznießer dieser Subventionen unter Protest der Belegschaften aus der Stadt verschwunden. Daher fordern wir, dass die LINKE-Fraktion die Auszeichnung ablehnt. Die LINKE in Berlin muss die Diepgen-Jahre und das damit verbundene Desaster aufarbeiten, damit Schlussfolgerungen im Sinne der Bevölkerung gezogen werden können.

Kurzmeldungen aus Neukölln

Gewählt In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 19. September wurde Peter Balsam (DIE LINKE) zum Patientenfürsprecher der Psychiatrie des Vivantes-Klinikums Neukölln gewählt. Sylvia Stelz, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der BVV, wurde in den Beirat des Krankenhauses gewählt.

Kindernotruf An wen können sich Kinder und Jugendliche in Not wenden? Entsprechende Telefon-Hotlines gibt es reichlich, aber welche ist die geeignete? Das Bezirksamt Neukölln soll deren Zahl jetzt auf zwei reduzieren, eine für Kinder- und Jugendschutz und eine für Mädchen und junge Frauen. Letzte

tere soll dann ausschließlich von weiblichem Personal besetzt werden.

Staatsoper ? Kommt Deutsche Staatsoper nach Neukölln? Möglich wäre es, zumindest vorübergehend. Das Gebäude der Staatsoper soll saniert werden und in Neukölln steht die Kindl-Halle ungenutzt leer. Dort könnte die Oper für eine Weile unterkommen. Ein entsprechendes Konzept liegt bereits vor. Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky findet die Idee jedenfalls brillant, wie er auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE sagte. Allerdings gab er auch zu, dass das Bezirksamt keinen Einfluss auf die Entscheidung habe.

Kurioses Nach mehr als fünf Stunden Sitzung passieren in der Bezirksverordnetenversammlung bisweilen merkwürdige Dinge. So stimmte der CDU-Verordnete Hans-Detlef Glücklich gegen seinen eigenen Antrag, weil ein konkretes Datum durch den Ausdruck »schnellstens« ersetzt worden war. Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) informierte die Verordneten ausführlich über die Flugeigenschaften von Schimmelpilzen, die Bäume befallen können. Das Vivantes-Klinikums Neukölln gewählt. Sylvia Stelz, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der BVV, wurde in den Beirat des Krankenhauses gewählt.